



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/XIV/247 - 30. Oktober 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Marktordnung einseitig angewandt Fleischpreise als Folge einseitiger Marktpolitik	96
3 - 4	Mexiko als Mittler Von unserem Korrespondenten in Mexiko, Max Diamant	67
5	Bundesminister Lermer in Stockholm "Bin nicht Minister für gesamtdeutsche Illusionen" Von unserem Korrespondenten in Stockholm, Rudolf Hübner	46
6 - 7	Fragen, die bisher nicht beantwortet wurden Die westliche Welt und der Siebenjahresplan	59

* * *
* *

Marktordnung einseitig angewandt

sp - Der Bundeswirtschaftsminister und der Bundesernährungsminister sind sich einig. Das war einer Presseverlautbarung zu entnehmen, die ankündigte, daß der gegenwärtigen Preisentwicklung auf dem Ernährungssektor mit Zollsenkungen entgegengetreten werden soll. Diese Einigkeit sei das wesentlichste Ergebnis eines "ungewöhnlich harmonisch" verlaufenen Gesprächs zwischen Minister Erhard und Minister Schwarz.

Diese Einigkeit hatte zuvor nicht bestanden. Das Bundeswirtschaftsministerium hatte seiner ernsten Besorgnis gegenüber der Preisentwicklung auf dem Ernährungssektor bereits Ausdruck gegeben. Einigkeit bestand zuvor nur in der Untätigkeit beider Ministerien, die dieser zu erwartenden Entwicklung der Preise auf dem Ernährungssektor nicht entgegenzutreten. Auch die jetzt vorgesehene Aufhebung des Butterzolls, die die SPD-Fraktion im Bundestag schon seit längerem beantragt hatte, wird keine praktischen Auswirkungen auf das Preisniveau mehr haben. Die preisgünstigen Einfuhrmöglichkeiten des Mittsommers wurden leichtfertig versäumt.

Die Presseverlautbarung der beiden Minister stellt zwar fest, die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise seien, trotz eines saisonüblichen Rückganges im September gegenüber dem Augustniveau, in diesem Jahre wiederum um acht Prozent höher als im Vorjahre. Absolut irreführend ist jedoch die Mitteilung, die Fleischeinfuhren dieses Jahres seien z.B. höher gewesen als die Fleischeinfuhren des Vorjahres. Im Widerspruch zu dieser Behauptung hat der Abgeordnete Kriedemann (SPD) aus den statistischen Unterlagen des Völkerroder Instituts Zahlen bekanntgegeben.

Der Weideabtrieb an Rindern hatte im Monat August 1958 94 300 Stück betragen, im August 1959 94 700 Stück. Die Einfuhr an Rindern betrug im August 1958 aber 37 000 Stück, 1959 dagegen nur 23 000 Stück. Das Marktangebot erreichte also 1958 im August 131 300 und 1959 im August 122 700 Stück Rind. Das waren rund 9 000 weniger. Trotzdem hat die Einfuhr- und Vorratsstelle noch 350 Rinder aus dem Markt genommen, das heißt eingelagert. Das Ergebnis war, daß der Durchschnittspreis je 50 kg Lebendgewicht für Rinder in der ersten Augustwoche 1958 101,-- DM, in der ersten Augustwoche 1959 jedoch 106,-- DM betrug.

Nicht anders war das Bild im September. Dem Weideabtrieb im September 1958 von 127 900 Stück Rind und der Einfuhr von 32 000 Stück, also einem Marktangebot von 159 900 stand 1959 zum Vergleich ein Weideabtrieb von 143 800 und eine Einfuhr von 29 600 Stück Rind gegenüber - machte insgesamt 173 400. Doch im Jahre 1958 nahm die Einfuhr- und Vorratsstelle nur 1 500 Stück aus dem Markt, im Jahre 1959 dagegen exportierte sie 22 800 Stück in die DDR. So ergab sich eine Inlandverfügbarkeit von 158 400 Stück Rind 1958, die sich 1959 auf 150 600 verminderte. Das erhöhte den Preis in der jeweils ersten Septemberwoche für je 50 kg Lebendgewicht im Jahre 1958 mit 100,-- DM, im September 1959 auf 107,-- DM. Dasselbe Bild wiederholte sich im Oktober. Zwar war der Marktauftrieb in den ersten drei Oktoberwochen 1959 um 9 400 höher als im Vorjahr, die Einfuhr um 2 000 niedriger, aber die Einfuhr- und Vorratsstelle nahm gegenüber diesem Mehrangebot von 7 400 Stück 15 000 Stück

Rindvieh mehr aus dem Markt, so daß sich auch hier das Angebot gegenüber dem Vorjahr um 7 600 Stück Rind verminderte.

Diese Marktpolitik der Einfuhr- und Vorratsstelle des BEM, die ihre Aufgabe anscheinend nur darin sieht, das Erzeugerpreisniveau hochzuhalten, anstatt eine Stabilität der Preise auch einmal zugunsten der Verbraucher anzustreben, ist eine Verfälschung des Sinnes der Marktordnung. Denn diese Marktordnung ist nicht geschaffen worden, um damit einseitigen Gruppeninteressen Rechnung zu tragen. Die Einseitigkeit ihrer Anwendung kann letztlich dazu führen, daß die Marktordnung selbst in Gefahr gerät.

Aber hier liegt nicht die alleinige Schuld für das Preisniveau. Auch das Bundeswirtschaftsministerium trägt seinen Teil Schuld daran. Es hat versäumt, die ihm gestellte Aufgabe des Wettbewerbs der Verteiler zu erfüllen. Wer im Vergleich zu den Erzeugerpreisen die Entwicklung der Kleinverkaufspreise verfolgt, stellt fest, daß zum Beispiel die Rinderpreise von ihrem Erzeugerpreis-Höchstniveau bis heute um 25 Pf per Kilo absanken, zugleich aber die Verbraucherpreise um 11 Pf pro Kilo anstiegen. Diese Zahlen sind auf den Durchschnitt des Bundesgebietes bezogen. In einzelnen Verbraucherzentren, wie z.B. in Hamburg, macht die Differenz des Preisniveaus zwischen der ersten Oktoberwoche 1958 gegenüber der ersten Oktoberwoche 1959 pro Kilo 76 Pf aus.

Nun hat allerdings das Bundesernährungsministerium, wie schon einmal vor zwei Jahren, die Absicht, 9 000 t Rindfleisch, das sind 24 Millionen Dosen zu je 400 Gramm, auf den Markt zu geben. Angeblich sollen damit die Fleischpreise ein wenig ausgeglichen werden. Bei der letzten Aktion wurden diese Dosen für 90 Pf an den Handel gegeben, mit der Auflage, zu 1,20 bis 1,30 DM an die Verbraucher zu verkaufen. Diesmal wird die Dose für 1,30 DM an den Handel abgegeben und kein Endverkaufspreis festgelegt - der Bundesfinanzminister wollte sogar meistbietend gegenbar versteigern.

Lange Zeit hat man sich über die Verteilung der Verkaufsquoten den Kopf zerbrochen und damit viel Zeit verloren. Nun wird diese Aktion so "breit gestreut", daß niemand zu kontrollieren vermag, ob nicht auch dieses Dosenfleisch wieder in der teuren Wurst verschwindet. Hätte man ernsthaft die Fleischpreise beeinflussen wollen, so wäre es nötig gewesen, die Dosen den Filialbetrieben und Großverkäufern in den Großverbrauchscentren zu geben. Das hätte die Möglichkeit eröffnet, ihren Verbleib zu kontrollieren und wirklich Druck auf die Fleischpreise auszuüben.

Die Auslagerungsaktion, wie die Aufhebung des Butterzolls, werden ebensowenig wie der zu spät aufgehobene Kartoffelzoll entscheidende Auswirkungen auf die Verbraucherpreise haben. Der Verbraucher zahlt hier für eine einseitige Interessenpolitik zugunsten der Erzeuger und des Handels. Er zahlt aber auch deswegen, weil er sich viel zu wenig der vorhandenen Ausweichmöglichkeiten bedient und zum Beispiel die Butterpreispolitik dadurch ad absurdum führt, daß er auf Margarine ausweicht. Aber vielleicht werden die Preise dieses Jahres ihn zum Ausweichen zwingen und damit die einseitigen Marktordner zur Revision ihrer eigenen Vorstellungen veranlassen.

Mexiko als Mittler

Von unserem Korrespondenten in Mexiko, Max Diamant

Mexiko ist nicht nur seiner geographischen Lage nach, sondern auch nach seinem sozialökonomischen Entwicklungsstand und gemäss seiner kulturellen und politischen Position eine Brücke zwischen dem Norden und Süden des amerikanischen Kontinents. Das solide Gewicht des modernen Mexikos als neuer mittelnder und stabilisierender Faktor in den inneramerikanischen Beziehungen und der zunehmende Respekt vor seiner verantwortungsbewussten Haltung hat jetzt auch in der politischen Sphäre einen starken Widerhall gefunden. Es ist in der Tat bedeutungsvoll, dass in unserer heutigen Welt der konzentrierten Machtfaktoren und der gegenseitigen Bedrohung durch atomare Rüstungen hier ein Land, das so gesehen "schwach" und "klein" ist, dennoch auf dem Wege ist, ein grosses Stück politischer Geltung zu erlangen.

Es sind sachliche Zusammenhänge, die besonders in der letzten Zeit veranschaulicht haben, wie sehr unter den Völkern das Prestige dieses neuen Mexikos gewachsen ist - wegen seiner beharrlichen sozialökonomischen Leistung aus eigener Kraft und wegen seines schlichten und konsequenten Bekenntnisses zum "Respekt gegenüber den Rechten des anderen." Dass Mexikos früherer Aussenminister und jetziger UNO-Vertreter Padilla Nervo zum Vorsitzenden des einköpfigen internationalen Abrüstungsausschusses gewählt wurde, der paritätisch aus je fünf Vertretern der Westmächte und des Ostblocks sich zusammensetzt, ist bereits in der Sache eine gewisse Anerkennung der positiven und desinteressierten pazifistischen Konzeption Mexikos.

Bei der Amerikakonferenz in Santiago de Chile, die zur Beilegung der karibischen Krise und auf jeden Fall zur Verhinderung eines heissen Krieges in der karibischen Zone durchgeführt wurde, hat Mexiko sich weder an den hitzigen Sprechhören beteiligt, noch die nervösen Pläne des Washingtoner Senats gebilligt, der bereits die Mittel für eine all-amerikanische "Ordnungspolizei" bewilligt hatte. Zusammen

mit dem venezolanischen Vertreter hat Mexikos Aussenminister Manuel Fello vielmehr den neuen Chef der USA-Aussenpolitik dafür gewonnen, den Ausweg aus der karibischen Krise in einer auf Zeit bemessenen konstruktiven und grundsätzlichen Entschliessung zu suchen: keine Einmischung, keine Anerkennung mehr des legalen Status für Regierungen, die aus Staatsstreichen hervorgehen, und deren Mandat nicht vom eigenen Volk in freier Wahl erteilt ist!

Einen besonderen Erfolg in seiner neuen Mittlerrolle hat Mexiko jetzt anlässlich der USA-Reise seines Präsidenten Adolfo Lopez Mateos verzeichnen können. Vielleicht hat auch die aufgestaute Zurückhaltung aus den spannungsreichen Wochen der Chruschtschowreise sich hier positiv ausgewirkt, jedenfalls verlief dieser Staatsbesuch nicht nur in den Formen sondern auch in der tiefen öffentlichen Wirkung und im politischen Resultat wie ein grosses Freundschaftstreffen. Auch Mexikos Präsident ging nach Washington nicht als Bittsteller. Mit Würde und Nachdruck vertrat er Mexikos und Lateinamerikas Gesichtspunkt, dass die Zusammenarbeit und die erstrebte Solidarität der Völker Amerikas grundsätzlich nicht mehr auf Abhängigkeiten sich stützen kann, sondern gleiches Recht, gleiche Ansprüche und Interessen und gleiche Verantwortlichkeiten zum Ausgangspunkt haben müssen. Mit diesem Eintreten für eine amerikanische Solidarität, die allen gleiche Rechte und Pflichten sichert, hat Mexikos Präsident als Sprecher Lateinamerikas mit den Angelfragen des internationalen Rechts zugleich die sozial-ökonomischen Probleme angeschnitten, die durch die Rückständigkeit und unter den Wirkungen der Wirtschaftskrise der USA zu Lebensfragen der meisten lateinamerikanischen Länder geworden sind.

Aber Adolfo Lopez Mateos suchte mit seinen Argumenten und Gedanken zu überzeugen, versuchte aber nicht seine Auffassungen "durchzudrücken". Er sprach nicht in der fordernden Haltung eines Militärs, wie Fidel Castro, sondern plädierte wie ein erfahrener Anwalt für eine gute Sache. Was Chruschtschow als betonte Kraftgeste den empfindlich gewordenen USA vorsetzte, etwa in der Gestalt der geleckten Mondrakete oder des überdimensionierten Düsenbombers, der bei dieser Reise als private Luftyacht diente, das wirkte sich bei dem anschliessenden Freundschaftsbesuch des mexikanischen Präsidenten günstig für diesen aus. Es fiel auf und wurde vermerkt, dass ausser den Sachbearbeitern die prominentesten Reisebegleiter aus Mexiko-City die Rektoren der Universität und der Technischen Hochschule waren.

Bundesminister Lemmer in Stockholm

Von unserem Korrespondenten in Stockholm, Rudolf Kübner

Die Ansichten, welche Bundesminister Ernst Lemmer in seinem vor kurzem bei der Deutsch-schwedischen Gesellschaft in Stockholm über "Die Stadt Berlin im zweigeteilten Deutschland" gehaltenen Vortrag äußerte, haben in Schweden guten Widerhall gefunden. Lemmers Feststellung, daß die groteske Lage West-Berlins und die Zweiteilung Deutschlands vor allem die Deutschen selber treffe, und sein Wunsch, daß das deutsche Volk eine Wiedergutmachung dadurch leisten möge, daß es sich - nicht gestützt auf Waffen, sondern auf Gesinnung, Charakter und Moral - als Wellenbrecher gegen das Vordringen des Sowjetinflusses bewähren möge, rahmten Gedankengänge ein, welche dem außenpolitischen Denken der Schweden sehr zusagen.

In der Frage der Wiedervereinigung selbst war Lemmer vorsichtig optimistisch. Er wolle, wenn er den Glauben an die Möglichkeit einer Wiedervereinigung verlöre, sofort demissionieren, da er nicht "Minister für gesamtdeutsche Illusionen" sein wolle. Die Wiedervereinigung könne nur das Ergebnis einer langwierigen Entwicklung sein. Er glaube aber, daß die Herren im Kreml soweit Realisten sind, um eines Tages doch einzusehen, daß es auch für die Sowjetunion besser sei, sich mit einem wiedervereinigten Deutschland zu verständigen, als durch Stützung des Ulbricht-Regimes die Atmosphäre in Mitteleuropa dauernd zu vergiften. Das Berlin-Problem sei nur zusammen mit dem Wiedervereinigungs-Problem lösbar. Im Ost-West-Konflikt sei die Berlin-Frage leider hochgespielt worden. Es sei jedoch ratsamer, zunächst eine Entspannung durch eine kontrollierte Rüstungsbeschränkung im Weltmaßstab zu suchen und die diesbezüglichen Gipfelkonferenzen und anderen Begegnungen nicht unnötigerweise mit dem Deutschland-Problem zu belasten.

Bis zu jener Zeit, da als Folge der Abrüstung und Entspannung im Weltmaßstab die Lösung der Deutschland-Frage heranreift, betrachtet Lemmer als Hauptaufgabe seines Ministeriums die Förderung und die Aufrechterhaltung der rein menschlichen Beziehungen über die Zonengrenze hinweg. Im Ausland weiß man kaum, wie intensiv auch heute noch die Kontakte sind. Etwa vierzig Prozent der Bevölkerung in der Sowjetzone sind mit Menschen in der Bundesrepublik im ersten oder zweiten Grade verwandt. Alljährlich passieren Tausende von Sportlern, Wissenschaftlern, Ärzten, Künstlern u.a. in beiden Richtungen die Zonengrenze, um an sportlichen, beruflichen, wissenschaftlichen oder kulturellen Begegnungen teilzunehmen. Die Akademien der Wissenschaften arbeiten noch immer eng miteinander zusammen. Die beteiligten Organisationen sind ängstlich darauf bedacht, daß diese Verbindungen nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden.

In politischen Kreisen der schwedischen Hauptstadt wurde im Anschluß an die Ausführungen Lemmers lebhaft bedauert, daß der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen für seine Auffassungen nicht immer die Unterstützung Adenauers findet, und daß die halbstarrige Außenpolitik Bonn die Realisierung der Wünsche Lemmers in vielen Fällen verhindert.

+ + +

Fragen, die bisher nicht beantwortet wurden?

sp- Es gibt keine akkurateren Feststellungen darüber, aber im allgemeinen wird sich das so abgespielt haben: da sitzen die Familien vor ihren schmucken Radioapparaten oder vor ihren Zeitungen und hören oder lesen, dass die sowjetische Regierung ihrer Bevölkerung bei der Vorlage des neuen Haushaltsplanes versprochen habe, sie werde in absehbarer Zeit den höchsten Lebensstandard der Welt haben. Hat diese Nachricht die Menschen in der Bundesrepublik erregt? Hat sie die Menschen nachdenklich gemacht? Hat sie ihnen Anlass gegeben, sich einmal mit der Vorstellung zu konfrontieren, die Versprechung der Sowjets könnte richtig sein? Sie hat es kaum. Der Rundfunkhörer oder Zeitungsläser wird sich alstald anderen Dingen zugewandt haben, die weniger abstrakt als die Moskauer Prognosen sind.

Und doch beansprucht der anscheinend nur innenpolitische Vorgang in Moskau die volle Aufmerksamkeit der freien Welt, die es sich längst hätte abgewöhnen sollen, die Auseinandersetzung zwischen dem Kommunismus und dem Westen als eine nahezu ausschließlich militärische Angelegenheit zu begreifen. Die Zeichen dafür werden immer deutlicher, dass die Entscheidungen dieser Auseinandersetzung nicht an militärischen, sondern an wirtschaftlichen, dass sie letzten Endes an ideologischen Fronten fallen werden und dass alles in der Weltpolitik in der Tat auf jene "friedliche Ko-Existenz" hinausläuft, die, vor allem in Bonner Regierungsviertel, zum Unglück für die freie Welt endlich oft als Teufel an die Wand gemalt wird.

Während der Westen, und wiederum vor allen die Bundesregierung, noch fleissig die Militärpolitik in den Mittelpunkt ihrer Erwägungen über die internationale Politik stellt, hat Moskau längst damit

begonnen, seine Figuren auf das Brett zu stellen, auf dem die grosse Partie gespielt werden wird. Die Reden, die dieser Tage in Moskau gehalten und die Zahlen, die dabei genannt werden, beweisen das erneut. Sie zeigen, daß in der Tat der Zeitpunkt bereits abzusehen ist, zu dem in der Sowjetunion eine Reihe von wichtigen Produkten wahrscheinlich in grösserer Zahl produziert werden wird, als in irgendeinem anderen Land der Welt. Sie zeigen, dass es die Sowjets nicht nur darauf anlegen, den Lebensstandard ihrer Bürger zu erhöhen, sondern gleichermassen an die Unterstützung der Entwicklungsländer denken. Sie zeigen mit einem Wort, dass der Westen die Auseinandersetzung mit den Sowjets nicht ewig vom hohen Ross der Sättigkeit aus führen können.

Was aber dann? Was, wenn die Sowjets in der Tat den höchsten Lebensstandard der Welt haben? Was hat ihnen die freie Welt entgegenzusetzen, wenn der Fernseher jenseits des Eisernen Vorhangs billiger als hierzulande ist? Was werden dann die Früchte des "Wirtschaftswunder-Denkens" sein? Was wird der Westen tun, wenn sich seine Armeen vollends als teure Staffage erweisen? Ist der Westen geistig auf die trotz aller Hebung des Lebensstandards notwendigen ideologischen Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus vorbereitet?

In diesen Fragen wird deutlich, wie sehr die amtliche Politik in der Bundesrepublik, die doch angeblich kein höheres Ziel als die Abwehr des Kommunismus kennt, an den eigentlichen Aufgaben dieser Zeit vorbeiarbeitet. Sie lebt von der Hand in den Mund -, sie lebt in der Illusion, es sei alles Geschwätz, was aus Moskau kommt.

Als ob es nicht erst ganz kurze Zeit her wäre, daß ein prominenter Mann der Bundesregierung meinte, die Behauptung der Sowjets, sie besäßen einsatzbereite interkontinentale Raketen, sei nichts als ein Bluff...

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel